



„Das war alles abzusehen“

FINANZEN Politische Vertreter machen einstiges Votum gegen Kalkwerk für defizitären Haushalt verantwortlich

Von
Benjamin Hilger

STROMBERG. „Die Kuh, die man melkt, schlachtet man nicht“, ein banales Sprichwort, welches in jüngster Zeit angesichts des defizitären Stadthaushalts aber wahre Bedeutung erhält. Statt des möglichen Goldes muss man nun mit einem „Gaul“ auskommen. Kürzlich beschloss der Stadtrat einen stark defizitären Haushalt, obwohl er die Ausgaben auf das notwendigste beschränkte (AZ berichtete).

„Das war alles abzusehen“, sagt der damalige Stadtbürgermeister Achim Schöffel auf Anfrage. Der Antrag des früheren Kalkwerkbetreibers, die Firma Schäfer Kalk, zur Ausbeutung des hochwertigen Stromberger Kalks aus dem Berg „Am Kalkofen“ wurde 2006 vom Stadtrat nach längerem Mediationsverfahren samt Bürgerbefragung abgelehnt. Schon vor der Abstimmung habe er dargelegt, was im Falle der Ablehnung finanziell folgt. Natürlich, räumt Schöffel ein, hat die Wirtschaftskrise mit den einhergehenden Einnahmeverminderungen zur Problematik beigetragen, aber dies hätte man mit den Einnahmen aus dem Kalkabbau locker überstanden.

Wie Schöffel berichtet, konnte man mit Einnahmen von zehn bis 15 Millionen Euro durch Verpachtung samt Gewerbesteuer und sekundärer Einnahmen aus dem Abbau rechnen. Die Gesamteinnahmen aus der Grundstücksverpachtung – rund 7,1 Millionen in 30 Jahren – wären umlagefrei in den Stadtsäckel



Blick durch den Zaun: Vom Römerberg aus sieht man das Kalkwerk hinter der Grube „Hunsfels“ liegen.

Foto: Benjamin Hilger

geflossen. Von den üppigen Gewerbesteuerzahlungen profitierten bis zur Abwanderung der Firma per Umlage auch Landkreis und VG. Damit nicht genug wären mit Schäfer Kalk die Nachnutzung des Geländes und der Rückbau des Industriebaus zu vereinbaren gewesen. Tiefergrabungen im „Hunsfels“ wären erspart geblieben.

Die damaligen Gegner sprachen sich für eine stärkere touristische Orientierung aus. Tourismus und Kalkwerk würden sich gegenseitig ausschließen, er-

innert sich Schöffel an die Argumentation der Gegensprecher.

Treulieb: Chance zur Entwicklung wurde vertan

In den kommenden Jahren sei nur ein Verwalten von Schulden möglich, weshalb gespart werden müsse, wo es nur geht, fürchtet Stadtbürgermeisterin Klarin Hering. „Ohne Geld macht Regieren keinen großen Spaß.“ Allerdings akzeptiere sie das damalige, demokratische Votum. Ohne die großen Ein-

nahmen, die mit Schäfer Kalk möglich gewesen wären, müsse man gemeinsam die Konsequenzen dieser Entscheidung tragen.

„Es wurde mit Angst Politik gemacht“, erinnert sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Bernhard Treulieb. Aussagen, die den Wertverlust der Häuser prognostizierten, seien getätigt worden, um Bürger gegen das Kalkwerk aufzubringen. Außerdem habe man mit der Bürgerbefragung, die mit denkbar knappem Ergebnis gegen das Kalkwerk ausging, falsche Signale gesetzt. Viele Befürworter seien nicht zur Abstimmung gegangen. Stromberg habe damals die größte Chance vertan, eine immense Entwicklungsmöglichkeit in allen Bereichen zu erfahren.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Keuser – damals kein Mitglied im Stadtrat – sagt hingegen, die Entscheidung war aus Umwelt- und Emissionsgesichtspunkten richtig. Keuser räumt aber ein, dass – „wenn Schöffels Zahlen der Wahrheit entspre-

chen“ – diese Einnahmen auf keinem anderen Wege reinzuholen wären. Allerdings hätte die Einrichtung eines Friedwaldes auf besagtem Waldstück jährlich immerhin 70000 Euro eingebracht – „Einnahmen, die jetzt Waldalgesheim verbucht“.

Marlies Klauer, die Fraktionsvorsitzende der WGS, zeigt Unverständnis über die einstige Ablehnung des Friedwaldes. Über 90 Jahre wären Einnahmen geflossen und die Bäume in dem Waldabschnitt als Anlage für kommende Generationen voll in den Ertrag gewachsen. Nach wie vor ist Klauer der Auffassung, dass der Tourismus davon profitieren wird, wenn das Werk endgültig zu ist und das Gelände touristisch genutzt werden kann.

Die positive Entwicklung aber hänge mit vielen Faktoren zusammen und konnte trotz des Kalkwerks erreicht werden. Zu sagen, dass sich nur eines gut entwickeln könne, sei ein „Kardinalfehler“ der Gegner, so Schöffel abschließend.

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

► Nach der Ablehnung des **Grundsatzbeschlusses** im Jahr 2006 wurden keine Vertragswerke aufgesetzt. Die genannten Zahlen beruhen auf dem ersten Angebot der Firma Schäfer Kalk. Laut Stadtbürgermeister Schöffel stand zudem die Selbstverpflichtung der Firma, die vorhandene Infrastruktur grundlegend zu modernisieren.

► 225 000 Euro jährlicher **Pacht-**

einnahmen wären zu verbuchen gewesen. Optional war eine direkte Auszahlung von drei Millionen Euro angeboten – der Rest wäre auf 30 Jahre gestreckt worden.

► An weitergehenden **Gewerbesteuerereinnahmen** kalkulierte Schäfer Kalk 200 000 Euro pro Jahr, welche etwa zu 20 Prozent der Stadt zugeflossen wären.

► Altbürgermeister Achim Schöffel bilanzierte das **Mediationsverfahren** im Nachhinein als richtig, aber dennoch unnötig. Die Meinungen seien unabänderlich wie in Stein gegossen gewesen.

► Trotz geheimer Abstimmung wurde schnell das **Abstimmungsverhalten** der einzelnen Räte bekannt, was – vor allem bei den Gegnern – für Verärgerung sorgte.